

10.11.18: Veröffentlichung interne Auseinandersetzung im Berliner Bündnis
05.02.19: offener Brief von Teile aus Hamburg
13.02.19: Statement Osnabrück
15.02.19: Offener Brief Bielefeld
16.02.19: Statement Dresden
22.02.19: Statement Göttingen
01.03.19: Antwort des Berliner Bündnisses auf Göttingen
06.03.19: offener Brief von Teilen des Frankfurter Bündnis
06.12.19: Statement zum Austritt Bielefelds aus der bundesweiten Vernetzung
11.06.21: Statement gegen Antisemitismus des Koordinationskreises in Jena

Interne Auseinandersetzung im Berliner Bündnis

<https://www.facebook.com/gruppemelange/posts/2326425347386638>

Offener Brief von Teile aus Hamburg (05.02.19)

Keine Kooperation mit antizionistisch-antisemitischen Positionen in unserem Namen!

Hiermit wollen wir uns als Teil des „Hamburger Bündnis zum internationalen 8.März-Streik“, welches auch auf dem Vernetzungstreffen am 10./11. November in Göttingen (ausgerichtet vom Berliner Kreis des Bündnisses „Frauen*streik“) vertreten war und auf der Webseite zum „Frauen*streik“ auftaucht, an dieser Stelle klar gegen die antizionistisch-antisemitischen Tendenzen innerhalb des Berliner Kreises und der Bundesaktivitäten positionieren.

Dabei beziehen wir uns auf die Einladung von Selma James des Berliner „Frauen*streik“ Kreises als Vortragende, von der öffentlich dokumentiert ist, dass sie in ihrem antizionistischem Engagement die Vertreibung der Palästinenser mit dem Holocaust vergleicht. 1 Wir beziehen uns auch auf die zur Verteidigung in einer auf Facebook veröffentlichten Stellungnahme 2 vorgebrachten antizionistisch-antisemitisch eingefärbten Argumente. Diese stützen sich auf ein Bild von Israel als ein mit Unterdrückung der Palästinenser gleichzusetzendes rassistisches Projekt und solidarisieren sich ausschließlich mit den Palästinensern in einem Kampf gegen Israel.

Auch uns ist bewusst, dass Antizionismus dem Antisemitismus nicht von Grund auf gleichzusetzen ist, und doch bedient sich der von Selma James und der in der Berliner Stellungnahme vertretene Antizionismus letztlich antisemitischer Denkmodelle. Dabei wird die Feindschaft gegenüber dem Judentum stellvertretend am jüdischen Staat formuliert. Zionismus wird nicht wie jeder andere Nationalismus (wie z.B. auch der palästinensische!) kritisiert, sondern als besonders perfide Form des Nationalismus dämonisiert, die prinzipiell illegitim sei und alle anderen Nationen bedrohe. Unter Vorbringen antirassistischer und antinationalistischer getarnter Argumente wird der Staat als per sé rassistisch und kolonialistisch gegenüber den Palästinensern eingestuft und als Folge Israel das Existenzrecht aberkannt. Diese Vorwürfe und Forderungen werden in dieser Weise keinem anderen Staat gemacht! Es findet eine kategorische Einteilung in Unterdrücker und Unterdrückte statt, ohne die Gründungsbedingungen und die andauernde antisemitische Bedrohung im Nahen Osten (und von überall) überhaupt nur in Erwägung zu ziehen und zu einem komplexeren Bild zusammen zu setzen.

Wir halten eine Verknüpfung von queerfeministischen Kämpfen mit antizionistisch-antisemitischen Bewegungen für grundlegend illegitim und hoch problematisch. Aber genau das ist der Fall, wenn Personen mit entsprechenden Positionen eingeladen und diesen eine Bühne geboten wird, sei es auch zu anderen Themen. Gerade wenn man sich der Kontroversen hierzu bewusst sein will, sieht

ein umsichtiger Umgang anders aus. Die Einladung Selma James‘ provoziert – also muss man auch mit einer Kritik daran umgehen können.

Wir stellen uns gegen das Anliegen ein Bündnis zu schaffen in dem alle Organisationen, die irgendwie für Frauen, Lesben, trans* und inter Personen arbeiten, oder Personen, die sich als solche begreifen, vertreten sind, obwohl sie keinen emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf vertreten und zu ihren Grundsätzen menschenfeindliche und diskriminierende Positionen gehören. Alles andere wäre ein falsches und gefährliches Harmoniestreben.

Wir wollen uns nicht auf interne Diskussionen beziehen, wer wann was hätte sagen sollen, sondern halten Kritik an anti-emanzipatorischen Tendenzen innerhalb des Netzwerkes zu jedem Zeitpunkt legitim, und nicht „anti-demokratisch“.

Wir fordern den Berliner Koordinierungskreis auf, die Spaltung nicht weiter voran zu treiben, indem die Strukturen zur Verbreitung eines falschen Bewusstseins genutzt und unter dem Deckmantel des Feminismus Hass gegen Juden und Israel geschürt wird. Das heißt konkret: Wir lehnen ab, dass Redner*innen mit antizionistisch-antisemitischem Hintergrund im Kontext des bundesweit auch gemeinsam koordinierten feministischen Streiks zum 8. März öffentlich auftreten. Das erwarten wir auch für die nächste Bundeskonferenz vom 15.-17. Februar in Berlin. Wir fordern die einzelnen lokalen Streikbündnisse auf, die Wahl ihrer Bündnispartner*innen zu überdenken und sich gegen jede Art Antisemitismus zu positionieren.

Hier im „Hamburger Bündnis zum Internationalen 8. März-Streik“ werden wir nicht mit antizionistisch-antisemitischen und rassistischen Organisationen zusammenarbeiten.

Für einen emanzipatorischen Kampf aller Frauen, Lesben, trans inter und nicht-binärer Personen gegen das Patriarchat!

Verfasst von Teilen des „Hamburger Bündnis zum internationalen 8. Märzstreik“

<https://www.facebook.com/FStreikHamburg/posts/566883767117209>

Statement Osnabrück (13.02.2019)

“Palestine is a feminist issue”? – Zum Antisemitismus im Frauen*streik-Bündnis

Auf dem zweiten bundesweiten Vernetzungstreffen in Göttingen im November 2018 war unübersehbar, dass für einige Gruppen innerhalb des Frauenstreik-Bündnisses der Nahost-Konflikt eine zentrale Rolle für den Feminismus spielt. Dabei sind aus Sicht der Organisator*innen selbstverständlich stets Israelis Täter*innen und Hauptschuldige des Konflikts, während die Palästinenser*innen als Opfer wahrgenommen, ja fast schon als Märtyrer im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Zionismus stilisiert werden.

Auch sahen die Organisator*innen des Treffens – ein Koordinierungs-Kreis, der sich aus Mitgliedern der Berliner Frauen*streik-Gruppe zusammensetzte – kein Problem darin, die BDS-Unterstützerin Selma James einzuladen. Mehr noch, Personen, die Kritik an dieser Einladung übten, wurden schlichtweg aus dem Koordinierungs-Kreis für das Vernetzungstreffen ausgeschlossen. Nachzulesen ist der Schriftwechsel auf der Facebook-Seite der “Gruppe Melange”.

Die transnationale BDS-Kampagne (“Boycott, Divestment and Sanctions”) ruft dazu auf, Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch zu boykottieren. Vorgeworfen werden Israel unter anderem Kriegsverbrechen, Völkermord und ethnische Säuberungen. Israel wird zum Apartheidsstaat erklärt, Zionismus wird mit Rassismus gegenüber Palästinenser*innen gleichgesetzt. Einige BDS-Unterstützer*innen gehen dabei so weit, Israel das Existenzrecht abzuerkennen.

Weiterhin lagen auf dem erwähnten Treffen Broschüren mit dem Titel “Israel’s Worldwide Role in Repression” zum Mitnehmen aus. Stimmen, die sich daran gestört haben, waren kaum zu vernehmen.

Vor dem Hintergrund der deutlichen Positionierung der Berliner Frauen*streik-Gruppe in Bezug auf den Nahost-Konflikt erscheint es befremdlich, dass ebendiese auf dem Vernetzungstreffen wiederholt dazu aufgerufen hat, über etwaige Differenzen untereinander hinwegzusehen, um Spaltungstendenzen entgegenzuwirken und sich gemeinsam für einen feministischen Streik zu engagieren. Vielmehr entsteht dadurch der Eindruck, dass pro-israelische Meinungen in diesen feministischen Kreisen nicht erwünscht sind.

Dieser Strategie schließt sich auf die Göttinger Frauen*streik-Gruppe an, die zwar die Position der Berliner Gruppe verurteilt, aber alle anderen Gruppen auffordert, sich nicht weiter zu diesem Thema zu äußern.

Wir sind der Ansicht, dass der von der Berliner Gruppe offen zur Schau getragene Antizionismus und damit Antisemitismus nicht unkommentiert bleiben darf.

Auf den ersten Blick ist der Zusammenhang zwischen dem feministischen Anliegen des Frauen*streiks und der aktuellen Fixierung des (Queer-)Feminismus auf den Nahost-Konflikt nicht ohne Weiteres ersichtlich.

Doch schon seit geraumer Zeit, spätestens aber seit dem Women's March on Washington am 21.01.2017, dem Tag nach Trumps Amtseinführung, entdecken Feminist*innen wieder das vermeintliche feministische Potential der "Befreiung Palästinas" – von den Jüdinnen und Juden. So formulierte die US-amerikanische Bürgerrechtlerin Angela Davis beim Women's March die "Dekolonialisierung Palästinas" als zentrale Forderung des Feminismus.

Ähnlich äußert sich auch ihre Mitstreiterin Linda Sarsour, nach der zionistische Bestrebungen und feministische Kämpfe grundsätzlich unvereinbar seien – Menschen, die den Staat Israel nicht kritisieren, scherten sich nicht um die Rechte palästinensischer Frauen. Dass wohl kaum davon auszugehen ist, dass die palästinensische Mehrheitsgesellschaft sich um die Rechte der Frauen schert, scheint sie wiederum nicht zu bekümmern.

Für sie ist der Staat Israel ganz klar allein verantwortlich für die Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen in den palästinensischen Gebieten.

Und dass diese unerträgliche Ausmaße annimmt, ist nicht zu bestreiten.

Aus dem Amnesty International Report 2017/18 zur weltweiten Lage der Menschenrechte geht hervor, dass Frauen und Mädchen nach wie vor durch Gesetze und im Alltag diskriminiert werden. Frauen in Gaza ist es nicht einmal erlaubt, sich ohne männliche Begleitung in der Öffentlichkeit zu zeigen, zu rauchen oder ein Fußballspiel zu besuchen. Mindestens 28 Frauen und Mädchen fielen 2017 sogenannten "Ehrenmorden" zum Opfer. Weiterhin haben Männer, die eine Frau oder ein Mädchen vergewaltigen, nicht mit einer Strafe zu rechnen, wenn sie ihr Opfer heiraten.

Es ist aber absurd, dass ausgerechnet Israel als "weißer Kolonialstaat" dargestellt wird, der geradezu mörderischen Absichten verfolge – nehme er doch angeblich den palästinensischen Frauen neben dem Recht auf Bewegungsfreiheit auch das Recht auf gesunde Ernährung und sauberes Wasser – vor allem wenn man auch nur einen oberflächlichen Blick auf die umliegenden Staaten wirft. Wie auch in anderen arabischen Ländern ist die Benachteiligung und Misshandlung von Frauen in den palästinensischen Gebieten auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen und nicht auf die Existenz eines Staates Israel.

Mit dem 3D-Test lässt sich feststellen, inwiefern Kritik an der Politik Israels als antisemitisch eingeschätzt werden kann. Die drei D's stehen für Dämonisierung, Deligitimierung und Doppelstandards und wurden von dem in diesem Text benannten, sich als Feministinnen bezeichnenden Aktivistinnen verinnerlicht. Sie dämonisieren ("Juden als Brunnenvergifter"), deligitimieren und kritisieren Israel mit doppelten Standards, äußern sich also klar antisemitisch.

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch die eingangs erwähnte BDS-Unterstützerin Selma James, u.a. mit ihrer Unterzeichnung des offenen, im Guardian veröffentlichten Brief "We're not celebrating Israel's Anniversary" (<https://www.theguardian.com/world/2008/apr/30/israelandthepalestinians>), der gleich zu Anfang mit einer unsäglichen Relativierung des Holocaust aufwartet.

Die bundesweite Frauen*streik-Struktur begeht unserer Ansicht nach den Fehler, das feministische Anliegen der Befreiung der Frauen durch die Befreiung Palästinas zu ersetzen.

Frauenrechte dürfen kein Deckmantel für wie auch immer geartete nationale und/oder antisemitische Bestrebungen sein.

<https://www.facebook.com/FrauenstreikOS/posts/302912643754421>

Offener Brief Bielefeld (15.02.19)

Wir, das Bielefelder Frauen* und Queer Streik Bündnis, wollen an dieser Stelle klar und deutlich Stellung gegen autoritäre, partei-politische und vor allem antizionistisch-antisemitische Positionen innerhalb des bundesweiten Netzwerk beziehen und uns von diesen distanzieren.

Wir distanzieren uns der Zusammenarbeit des bundesweiten Netzwerkes mit Unterstützer*innen der BDS Kampagne und kritisieren die Einladungspolitik des Koordinationskreises. Der Aufruf zum Frauen*streik in Bielefeld mit Blick auf die bundesweite Vernetzung hat unserer Einschätzung das Ziel, Frauen* diskriminierungssensibel zusammen zu bringen und ihre Rechte und Forderungen zu vertreten. Mit der Einladungspolitik, sowie einzelnen Postings auf Facebook hat sich der bundesweit agierende KO antizionistisch positioniert und von einem Kampf für „universelle Frauenrechte“ wegorientiert.

Wir begrüßen die Idee eines bewegungsorientierten Kampfes für universelle Frauenrechte und sind uns einig: Jede Form antisemitischer, antizionistischer sowie totalitärer Äußerungen einzelner Gruppen oder Personen – auch von Frauen* – ist auch mit kritischem Blick auf die Ziele einer offenen Bewegung zu befragen.

Wir schließen uns daher dem Positionspapier des Hamburger Bündnisses an und rufen alle anderen Ortsgruppen und Einzelpersonen auf, euch mit diesen Positionen auseinander zu setzen und ebenfalls Stellung zu beziehen. Wir rufen außerdem dazu auf, diese Positionen beim bundesweiten Netzwerktreffen in Berlin zu thematisieren.

Ein breit aufgestellter Kampf gegen das Patriarchat kann nicht mit Toleranz für Antisemitismus und autoritären Gruppen einhergehen!

Für den emanzipatorischen Kampf gegen das Patriarchat! Gegen jeden Antisemitismus und für den Feminismus!

gez. Frauen* und Queer-Streik Bündnis Bielefeld

<https://frauenqueerstreikbielefeld.noblogs.org/post/2019/02/17/stellungnahme-des-buendnis-frauen-und-queer-streik-bielefeld/>

Statement Dresden (16.02.19)

Liebes bundesweites Treffen des feministischen Streikbündnisses,

da es im Kontext F_Streik Diskussionen zu Antisemitismus gibt und wir eine Auseinandersetzung damit wichtig finden, wollen wir hiermit Position beziehen. Es schreiben euch hier Teile des Netzwerks, denen dies besonders wichtig ist... Wir haben nicht Raum und Zeit, diesen Text in unserem gesamten Netzwerk zu diskutieren, Gegenstimmen gab es aber bislang auch nicht.

Wie wir alle wissen, sind Frauen nicht unbedingt das "friedfertige" Geschlecht (Margarete Mitscherlich) oder dasjenige, das selbst nicht diskriminiert. Außerdem wohnen wir in Dresden und wissen darum gut, dass Unterdrückte, Benachteiligte und Empörte politisch nicht automatisch immer emanzipatorische Positionen vertreten. Darum wird eine Bewegung von Frauen, auch von Frauen*, sich über diverse politische Fragen und Haltungen streiten müssen, nicht nur um Betroffenheiten. Relativ viel (wenn es auch nie genug sein kann) wird in feministischen Kreisen in diesem Zusammenhang noch über Rassismus und Kolonialismus gesprochen, kaum aber über Antisemitismus, der ja wieder andere Logiken hat, der anders funktioniert.

Unter Feminist_innen gibt es immer wieder auch antisemitische Positionen, die sich unter anderem darin ausdrücken,

- den jüdischen Staat, Israel, nicht nur wie alle anderen Staaten auch wegen Nationalismus und Rassismus usw. abzulehnen, sondern als obersten Nationalisten und Rassisten zu verunglimpfen;
- oder mit dem nur an diesen Staat gerichteten Vorwurf des Pinkwashings auch als obersten sexistischen Pseudofeministen. In beiden Fällen liegt der Antisemitismus in der Doppelmoral, im Falle Israels etwas zu dämonisieren, das bei anderen Staaten nicht ebenso problematisiert wird. (Mögliche Kriterien: de.wikipedia.org/wiki/3-DTest_für_Antisemitismus)
- (Manchmal wird auch eine Form der Kapitalismuskritik betrieben, die vorrangig Finanzmärkte und Zins kritisiert oder die Verhältnisse auf die Habgier oder Bosheit bestimmter Personen zurückführt, und die damit damit schnell in antisemitische Ressentiments münden kann.)
- Manche Feminist*innen stellen das Judentum als ganz besonders patriarchale Religion, oder auch den jüdischen Glauben als Ursprung des Patriarchats und daher Urfeind dar.
- Oft werden bei alledem nur bestimmte jüdische Perspektiven gesehen und verstärkt, die eben diese Sichtweisen bestätigen und damit als Rechtfertigung dienstbar gemacht werden.
- Ebenfalls in diesen Komplex gehört eine feministische Form der deutschen Schuldabwehr: Die Verharmlosung von deutschen Frauen im Nationalsozialismus als bloß Unterdrückte oder ihre Glorifizierung als Trümmerfrauen – als wären sie nicht genauso antisemitisch (und rassistisch) gewesen wie die Männer, als wären viele von ihnen nicht auch Täterinnen gewesen.

Antisemitismus ist also im Feminismus – nochmal spezifisch im deutschen – ein langlebiges Problem, das weiterhin kritisiert und angegangen werden muss."

(Interessant dazu z.B. Forschungen von Liljana Radonic, Vortrag in Dresden:

www.mixcloud.com/evibes/von-weiblichen-.../.

Redebeitrag zu Trümmerfrauen:

www.mixcloud.com/evibes/zertrümmern-redebeitrag-am-8-mai-zu-trümmerfrauen-in-dresden/)

Solchen antisemitischen Positionen möge in der Feministischen Streikbewegung keine Bühne geboten werden, egal ob sie von (tatsächlich!) verdienstreichen Feministinnen oder von autoritär

kommunistischen Gruppen kommen. (Keine Bühne bieten muss nicht heißen: einzelnen Menschen bei ersten Anzeichen autoritär den Mund verbieten)
Wir werden in Dresden weiterhin dafür Sorge tragen, vielleicht klappt das auch in anderen Städten.
Lasst uns feministisch streiten

Nachsatz: Es nerven aber auch die Leute (oft Männer), die sich immer nur genau dann für Feminismus oder Antirassismus interessieren, wenn es darum geht, Antisemitismus innerhalb dieser Bewegungen zu kritisieren.

Anja (Freie Arbeiter_innen Union Dresden), Rosa (FAU DD), Kristina (Frauen*BildungsZentrum Dresden), Maja (F*BZ), anax (e*vibes – für eine emanzipatorische praxis)

Statement Göttingen (22.02.19)

Offener Brief zum bundesweiten Vernetzungstreffen des F-Streiks in Berlin vom 15-17.2.2019 (22.02.19)

Wir wollen im Folgenden auf autoritäre Einstellungen, Verhaltensweisen und Entscheidungsfindungen beim Berliner Vernetzungstreffen hinweisen. Dies passiert in der Hoffnung auf das Entstehen einer tatsächlich feministischen Bewegung in Deutschland. Diese Bewegung sollte unserer Ansicht nach nicht von autoritären Kräften geleitet werden, sondern versuchen so demokratisch wie möglich zu bleiben. Dafür braucht es notfalls den Ausschluss von autoritären Personen und Gruppierungen, die aus unserer Sicht im Moment die undurchsichtigen Berliner Strukturen und damit auch die noch unorganisierte bundesweite Struktur in der Außenwahrnehmung und internen Struktur bestimmen.

Welche Punkte kritisieren wir?

1. Das Vernetzungstreffen hatte keine legitimierte Beschlussposition. Auch wenn wir die beschlossenen Forderungen gut finden, sehen wir sie in keiner Weise als durch die Bewegung legitimiert an. Das Vernetzungstreffen war kein Delegierten-Treffen der unterschiedlichen Städte, sondern ein Treffen von Einzelpersonen aus verschiedenen Städten. Im Gegensatz zum ersten bundesweiten Vernetzungstreffen in Göttingen gibt es mittlerweile eine Bewegung zum F*-Streik in Deutschland. Es wäre nötig sich damit Auseinandersetzen wie wir in Zukunft Entscheidungen mit möglichst großer demokratischer Legitimation treffen können. Das Gegenteil war in Berlin der Fall. Selbst wenn wir das Treffen als Delegierten-Treffen verstehen würden, gab es massive Manipulationen. Dies werden wir an den Folgenden Beispielen aufzeigen.
2. Das Konsensprinzip wurde aufgehoben. Statt der Möglichkeit ein Veto einzulegen, wurde etwas nur dann nicht verabschiedet, wenn 10% oder mehr der Anwesenden (!) ein Veto einlegten. Das bedeutet, dass bei ca. 170 Anwesenden 17 Personen ein Veto einlegen müssten, um eine Entscheidung zu blockieren. Dabei ist zu beachten, dass die Städte mit unterschiedlich vielen Personen vertreten waren. Viele kleinere Städte waren nur mit 1-3 Personen vertreten, während aus Göttingen: Berlin mindestens (!) 50 Personen vor Ort waren. Insgesamt waren Personen aus 15-20 Städten anwesend. Bei gegebener Situation konnten also bis zu 10 Städte ein Veto einlegen, was dann eventuell trotzdem nicht gereicht hätte, um eine Entscheidung zu stoppen.
3. Mehrere klare Einwände und Vetos gegen das Entscheidungsverfahren zur Abstimmung über die bundesweiten Forderungen wurden ignoriert bzw. wegmoderiert. Mit zugegeben eleganten rhetorischen Mitteln („Habt vertrauen in euch“ [1], „wir haben hier doch viele Kompetenzen“, „viele Frauen werden nie an unseren Treffen teilnehmen können“) wurde

der Vorwurf erhoben die Frauenbewegung nicht ernstzunehmen und ihren Fortschritt blockieren zu wollen. Diese autoritäre Rhetorik wurde sowohl von der Moderation, als auch von der Mehrzahl der Anwesenden hingenommen und sogar begrüßt. Die kritischen Stimmen wurden während dem gesamten Verlauf ignoriert.

4. Es wurde mit autoritären Methoden argumentiert. Die eigene Erfahrung wurde in Diskussionen benutzt um in eine unangreifbare Sprecherinnenposition zu kommen. („Ich als Jüdin, werde mir von euch nicht-Jüdinnen nicht den Antisemitismus erklären lassen.“) So wurden inhaltliche Diskussionen einseitig betrieben. Wer anderer Meinung war bzw. sogar nur eine andere inhaltliche Auseinandersetzung forderte, dem wurde entweder abgesprochen überhaupt etwas zu dem Thema äußern zu dürfen oder anhand anderer Diskriminierungsformen der Vorwurf der Täterschaft gemacht („Ihr seid alle Rassistinnen“).
5. Dabei wurde fast schon wahllos beleidigt und beschimpft („Fuck off“ „Für euch ist hier kein Platz“ „Alle Kolonialrassisten“). Die Moderation griff hier nicht ein, sondern lies mehrere sehr lange Redebeiträge dieser Art zu. So endete der Abend mit den Worten „ihr seid alle Rassistinnen“ und Applaus aus der Menge. Das ist keine solidarische Diskussion unter Frauen! Genaugenommen ist es überhaupt keine Diskussion. Die „Gegenseite“ hat kein einziges inhaltliches Argument gesagt und wurde rein aufgrund der Thematisierung von Antizionismus und Antisemitismus angegriffen. So wichtig es ist sich über verschiedene Unterdrückungserfahrungen auszutauschen, so falsch und gefährlich ist es zu behaupten, dass Menschen mit bestimmten (Zwangs-) Identitäten nicht trotz linkem Selbstverständnis, menschenverachtende (z.B. rassistische oder antisemitische) Ideen vertreten könnten.
6. Viele klare Positionierungen in Konflikten wurden unter angeblich neutralen Formulierungen, Beschlüssen, Planungen etc. verborgen. Obwohl es nicht thematisiert wurde, fanden so zahlreiche Positionierungen statt, besonders in der Thematik des Israel-Palästina Konflikts, aber auch beispielsweise in der (kurz wiederentfachten) Namensdiskussion. Von Anfang an war bei der Konferenz eine Gruppe Männer mit Pali-Tüchern (einer klar pro-palästinensischen Positionierung [2]) anwesend und kümmerte sich mit diesem klarem Statement beispielsweise um die Schlafplatzbetreuung, ein unfassbar patriarchaler Weg um die eigene Meinung präsent zu machen. So wurden viele Frauen, die ein Problem mit der einseitig pro-palästinensischen Positionierung hatten, direkt von männlicher Präsenz der Gegenseite eingeschüchtert. Außerdem gab es ein „internationalistisches Panel“ neben dem zeitgleich keine weiteren Veranstaltungen stattfinden durften. Während die Benennung als bspw. Internationales Panel, nur benannt hätte, dass Frauen aus unterschiedlichen Ländern sprechen, wurde mit der Benennung als „Internationalistisch“ direkt Stellung in einem seit Jahren andauernden Konflikt innerhalb der Linken bezogen. [3] Auch hier ergibt sich aus der Wichtigkeit der Thematik internationaler Perspektiven, nicht logisch die Unmöglichkeit einer zeitgleich stattfindenden anderen Veranstaltung.
7. Ähnlich problematisch war der Umgang mit Social Media Accounts. So wird die Facebookseite „Feministischer Streik“, der Twitteraccount „Frauen*streik Komitee Berlin“ (@FemStreik) und der Instagram Account „feministischer_Streik_Berlin“ immer wieder als offizieller Account der bundesweiten F*-Streik-Bewegung ausgegeben. Bei Twitter stand sogar lange in der Beschreibung “official account of the women strike germany”“ und der Account hieß bis vor wenigen Tagen noch „Frauen*streik Komitee“. Diese wichtigen Änderungen erfolgten lediglich aufgrund von kritischer Äußerungen verschiedenster Städte. Trotzdem bleiben weiterhin die Umbenennung der Facebookseite und ein klares Statement auf allen drei Kanälen, dass diese Seiten nie (!) offiziell den F*-Streik in Deutschland vertreten haben, noch aus. Diese Kanäle wurden genutzt, um einseitig für eine autoritär-kommunistische, pro-palästinensische Position zu werben. So wurde beispielsweise auf Instagram ein Bild vom Women’s March Berlin geteilt, auf dem berliner Frauen*streik-aktivist*innen mit dem Schild „palestine is a feminist issue“ klar Stellung bezogen haben.[4] Außerdem wurde auf Facebook und Twitter zum internationalistischen Block der

Luxemburg-Liebknecht Demonstration geworben und ein Artikel, der von einer sehr umstrittenen Aktivistin mitgeschrieben wurde, geteilt. Die Statements aus u.a. Osnabrück, Bielefeld, Hamburg und Dresden, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen, haben hingegen keinerlei Erwähnung auf irgendeinem der Kanäle gefunden. Auch die Kritik um das erste Vernetzungstreffen in Göttingen wurde nirgendwo sichtbar gemacht. Die öffentlich zugänglichen Statements befinden sich am Ende dieses offenen Briefes.

Insgesamt entstand so ein Klima der Angst, welches die wenigen Genoss*innen die trotz anderer Meinung angereizt waren, massiv einschüchterte und unter Druck setzte. Wir wurden während des Wochenendes mehrfach angesprochen und haben von unterschiedlichen Personen erfahren, dass sie sich nicht getraut haben Dinge zu sagen. Unter anderem traute sich die Moderation an einer Stelle nicht ein Statement vorzulesen, was dazu führte, dass Menschen trotz Angst, ihr Gesicht dafür hinhalten mussten. Diese Zustände von Angst und Einschüchterung von Frauen, non-binarys und trans-Männern sind für uns nicht hinnehmbar!

Wir fordern die autoritären Gruppen und Personen, die für diese Stimmung gesorgt haben, auf offen als das Aufzutreten was sie sind: Autoritäre, antiimperialistische, einseitig pro-palästinensische Kommunistinnen.

Im Anschluss daran fordern wir alle anderen Gruppen und Einzelpersonen auf, sich von diesen Gruppen zu distanzieren, die Zusammenarbeit mit diesen zu beenden und sich mit den antisemitischen Positionen und autoritären Methoden auseinanderzusetzen, um solche Vorfälle in Zukunft direkt zu unterbinden. Insbesondere größere Organisationen und (Orts-)Bündnisse wie die Linkspartei oder die Interventionistische Linke sehen wir hier in der Verantwortung, da sie eigentlich schon längst für solche Vorfälle sensibilisiert sein sollten.

Eine F*-Streik Bewegung unter der (unsichtbaren) Führung autoritärer Gruppen und Einzelpersonen wird uns unseren Zielen und einer tatsächlich besseren Gesellschaft nicht näherbringen. Wir verbleiben in der Hoffnung auf eine feministische Revolution die aus den Fehlern der Geschichte gelernt hat.

Gegen jeden Antisemitismus! Gegen autoritäre Strömungen in der Linken und überall! Für Sororität! [6] Für einen radikalen Feminismus!

Feministische Frauengruppe Göttingen

Stellungnahme Osnabrück: <https://www.facebook.com/FrauenstreikOS/posts/302912643754421>

Stellungnahme von Teilen des Hamburger Bündnisses:

<https://www.facebook.com/FStreikHamburg/posts/566883767117209>

Stellungnahme Bielefeld:

<https://frauenqueerstreikbielefeld.noblogs.org/post/2019/02/17/stellungnahme-des-buendnis-frauen-und-queer-streik-bielefeld/>

Konflikt um Vernetzungstreffen in Göttingen:

<https://www.facebook.com/gruppemelange/posts/2326425347386638>

[1] Die im Text genutzten Zitate sind aus Gedächtnisprotokollen von Aktivist*innen. Auch wenn versucht wurde Fehler zu vermeiden, kann nicht für den genauen Wortlaut garantiert werden.

[2] Hier der Wikipedia-Artikel (https://de.wikipedia.org/wiki/Kufiya#Kufiya_in_nichtarabischen_L%C3%A4ndern), ein Artikel gegen (<http://schoenistdasnicht.blogspot.de/2007/12/01/das-pali-tuch-geschichte-und-bedeutung/>) und für (https://www.akweb.de/ak_s/ak616/10.htm) das Tragen von Pali-Tüchern. Diese Artikel dienen nur zur Verdeutlichung des Konflikts.

[3] Ein Artikel zum Konflikt um Internationalismus

(<http://www.assoziation-daemmerung.de/2016/06/hoch-die-antinationale-solidaritaet/>), dieser dient ebenfalls nur zur Verdeutlichung des Konflikt.

[4] Artikel zum Womens March: <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/gegen-trump-aber-ohne-juedinnen/>

[5] Zu der Aktivistin hier mehr: <https://www.fv-gewi.at/gezeit/archiv/2017/vereint-gegen-israel-diskursiv-in-den-antisemitismus/>

[6] Sororität = schwesterliche Liebe, Schwesternschaft. Ein Begriff der auch international und vor allem in Argentinien genutzt wird um für einen solidarischen Umgang in der feministischen Bewegung zu plädieren.

<https://femfrauengruppe.noblogs.org/post/2019/02/22/offener-brief-zum-bundesweiten-vernetzungstreffen-des-f-streiks-in-berlin-vom-15-17-2-2019/>

Antwort des Berliner Bündnisses auf Göttingen (01.03.2019)

Wer sind wir und wofür kämpfen wir?

Der Berliner Koordinierungs-Kreis ist keine homogene Gruppe, sondern ein Kreis wechselnder Personen, manche organisiert, andere nicht. Bei uns gibt es unterschiedliche Positionen und werden verschiedene Diskussionen geführt. Wir sind Frauen* und Queers mit und ohne deutschen Pass. Seit Monaten arbeiten wir daran eine große Streikbewegung am 8. März aufzubauen, die sich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen* und anderen von Sexismus betroffenen Personen überall auf der Welt richtet. Wir kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Gewalt, Abwertungen und Kriminalisierung. Wir kämpfen für eine solidarische, befreite Gesellschaft! Wir weisen die Vorwürfe an uns in dem offenen Brief der „Feministischen Frauengruppe“ aus Göttingen zurück. Der Brief enthält rassistische Aussagen, die wir nicht unkommentiert lassen wollen: Die Infrastruktur vor Ort unterstützende nicht-weiße Männer, die ein gemustertes Tuch namens Kuffiyah tragen, werden in dem Brief als einschüchternd für Frauen* und patriarchale Methoden anwendend dargestellt, was zu einem Klima der Angst beigetragen habe. Ihr Tuch – ein in ganz Westasien verbreitetes Kleidungsstück, welches auch politisch als anti-koloniales Befreiungssymbol in verschiedensten historischen Momenten diente und dient – wurde als politische Positionierung mit der Intention der Einschüchterung von Frauen* gewertet. Dies bedient ein orientalistisches Stereotyp des nur wegen seiner Präsenz/Kleidung/Aussehens angsteinflößenden Braunen Mannes. Diese stigmatisierende Rhetorik hat in unserer Politik keinen Platz.

Den Anspruch auf Definitionshoheit über eine alleinige, allgemeingültige Antisemitismusdefinition akzeptieren wir nicht. Menschen vorzuschreiben, nicht auf ihre Erfahrung oder Identität (wie Jüdisch-Sein) Bezug nehmen zu dürfen, um politisch an so einem Anspruch auf Definitionshoheit Kritik zu formulieren, finden wir sehr falsch. In keinem Moment hat irgendwer aus der eigenen Biografie oder Positionierung eine Unangreifbarkeit abgeleitet oder gefordert. Das wird im Brief einfach unterstellt.

Abgesehen davon akzeptieren wir solche Methoden nicht: Ausschluss- und Distanzierungsforderungen von politisch unliebsamen Stimmen über öffentliche Briefe dienen keiner politischen Auseinandersetzung, sondern konkret der Einschüchterung und Diffamierung. Wir sehen keine Grundlage um die Zusammenarbeit mit Aktivistinnen* aus Berlin in Frage zu stellen.

Vor dem internationalistischen Panel am 16.02. wurden die Anwesenden eingeladen, das kommende Panel praktisch zu boykottieren, um separat über angeblichen Antisemitismus innerhalb des Frauen*streiks zu sprechen. Dadurch wurde das Panel, das sich auf Kämpfe von Frauen* im Iran und in Kurdistan konzentrierte mit Antisemitismus verknüpft. Auch wenn eine Person der Gruppe aus Göttingen sich am Samstag Abend bei dem Plenum für diese Verknüpfung

entschuldigte, blieb für uns ein negativer Beigeschmack davon, dass das einzige Panel mit Frauen* aus dem sogenannten Nahen und Mittleren Osten direkt mit Antisemitismusvorwürfen verknüpft wurde. Uns erinnert dies an gängige anti-muslimische Debatten, welche Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern verallgemeinernd Antisemitismus unterstellt. Niemand hat ein „internationales Panel“ zusätzlich zu dem „internationalistischen Panel“ unterbunden, zum Programm gab es bundesweite Telefonkonferenzen um Absprachen zu treffen, aus denen niemand ausgeschlossen wurde.

Generell sind wir in Berlin froh, wenn mehr Menschen sich in die Aufgaben, die für bundesweite Aktionen, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit anstehen einbringen. Zu keinem Zeitpunkt wurden hier Zugänge verweigert. Wir verstehen uns nicht als Dienstleistungsunternehmen, sondern Teil einer solidarischen Bewegung.

Uns ist klar, dass unsere Struktur intransparent wirken kann, denn wir sind auch erst dabei uns über unsere Organisationsform und Koordinierung zu verständigen. Die dezentrale Zusammenarbeit ist ein Prozess, den wir gemeinsam mit allen gestalten wollen, auch bundesweit.

Unsere Grenzen sind aber klar: wir werden keine menschenverachtenden Äußerungen und Handlungen dulden, auch keinen Antisemitismus.

Der Aufruf zum Frauen*streik in Berlin enthielt von Anfang an ein klares Bekenntnis zu Anti-Rassismus, dahinter gehen wir nicht zurück!

Der Berliner Koordinierungs-Kreis des Frauen*streik

Offener Brief von Teilen des Frankfurter Bündnis (06.03.19)

Positionierung für ein solidarisches, feministisches Miteinander im bundesweiten Frauen*streikbündnis und gegen jeden Antisemitismus

Auch für einzelne Personen des Frauen*streikbündnis Frankfurt hat die im bundesweiten Frauen*streikbündnis seit Göttingen aufgekommene Auseinandersetzung um Antisemitismus und Antizionismus eine zentrale Bedeutung für die künftige gemeinsame Zusammenarbeit.

Da Antisemitismus und Antizionismus noch immer tagtäglich in der Gesellschaft anzutreffen ist, wollen wir uns, als im Frankfurter Frauen*streikbündnis engagierte Frauen*, gegen jede Form von Antisemitismus und Antizionismus aussprechen.

Das bedeutet konkret, dass wir Sprecher*innen, die sich antisemitischer und antizionistischer Positionierungen und Sprache bedienen, hierfür keine öffentliche Plattform im Rahmen des Bündnisses bieten wollen.

Unter Antisemitismus fällt für uns unter anderem:

- Die Aberkennung des Existenzrechts Israels und dessen Recht auf Selbstverteidigung.
- Historische Vergleiche der israelischen Politik gegenüber Palästinenser*innen mit der Judenverfolgung im NS-Regime.
- Die Beurteilung der israelischen Politik mit einem Doppelstandard: Man verurteilt bestimmte politische Maßnahmen in Israel, jedoch in anderen Ländern – insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens – nicht.
- Die Übertragung antisemitischer Stereotype auf den israelischen Staat. Israel wird so zum „kollektiven Juden“ gemacht. Eigenschaften, die normalerweise der Abwertung von Jüd*innen dienen, werden auf Israel projiziert und zu dessen Abwertung und politischer Isolierung verwendet.

- Die Verantwortlichmachung von Jüd*innen für die Politik Israels. Die Kritik an der Politik Israels wird damit zur Rechtfertigung der generellen Ablehnung von Jüd*innen instrumentalisiert.

Wir, als am Frauen*streikbündnis Frankfurt Beteiligte rufen daher dazu auf, sich gegen jede Art von menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen in diesem Kontext stark zu machen und für ein solidarisches, feministisches Miteinander im Bündniskontext einzutreten. Zudem erachten wir es für eine Fortführung der bundesweiten Kooperation und Zusammenarbeit für essenziell, den seit dem bundesweiten Treffen in Göttingen existierenden Konflikt im Laufe des Jahres 2019 systematisch aufzuarbeiten und zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu kommen, dass der Frauen*streik künftig keine Bühne für antisemitische und antizionistische Positionierungen darstellt.

Verfasst von Teilen des Frauen*streikbündnis Frankfurt

Austritt Bielefeld aus der bundesweiten Vernetzung (06.12.19)

Stellungnahme aus Bielefeld zur Gruppe „Frauen Streik Berlin“ und dem bundesweiten Netzwerk

Als Ortsgruppe “Frauen* und Queer Streik Bielefeld” haben wir in Bielefeld Aktionen rund um den 8. März 2019 unter dem Logo des bundesweiten F*-Streik-Netzwerks organisiert und durchgeführt sowie an diversen Veranstaltungen der bundesweiten Vernetzungsstruktur teilgenommen. Dies wollen wir nicht länger tun! Wir können und wollen die Positionen und politischen Strategien insbesondere der dominanten Berliner Ortsgruppe/n nicht länger mittragen. Im Folgenden werden wir unsere Beweggründe formulieren.

Relevant für unsere Entscheidung sind insbesondere zwei Punkte:

1. Die Instrumentalisierung des feministischen Streiks als Bühne für Befürworter*innen und Unterstützer*innen der BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions).
2. Die autoritären, antidemokratischen politischen Strategien der Berliner*innen und ihre Dominanz innerhalb des Netzwerkes.

Instrumentalisierung des Frauen (Queer) Streiks*

Mittlerweile gab es eine Vielzahl an Veranstaltungen, Vorfällen sowie Statements, Artikeln und Posts, die keinen Zweifel daran lassen, dass die “Befreiung” Palästinas der politische Schwerpunkt des Berliner Streikkomitee ist. Seitens der Berliner Ortsgruppe wird und wurde das F*Streik-Bündnis unablässig als propagandistische Plattform genutzt, um dies zu verbreiten.

Dabei schrecken sie nicht davor zurück, Antisemit*innen einzuladen, die kein Interesse an einer Befriedung der Situation im Nahen Osten oder einer Zwei-Staaten-Lösung haben, sondern vehement Israels Auslöschung fordern.

Wir können nicht alle Vorfälle hier auflisten, sondern wollen nur an ein paar Beispielen darstellen, was schon passiert ist und was uns zu unserer Entscheidung bewegt hat. Bereits im November 2018 war aufgefallen, dass Personen und Gruppen, deren zentrales politisches Ziel “Antizionismus” ist, großen Einfluss auf die Ausrichtung des Berliner Streik-Komitees haben. Anlässlich der Einladung von Selma James zum Vernetzungstreffen in Göttingen durch den Koordinierungskreis Berlin gab es eine schriftliche Aufforderung von Einzelpersonen, sich klar gegen Antisemitismus zu positionieren und Konsequenzen für die eigene Arbeit zu ziehen [1]. In der Antwort darauf wurde bereits offengelegt, was die politische Agenda ist: die “Solidarisierung mit den Unterdrückten” (gemeint sind nicht Frauen* und Queers, sondern Palästinenser*innen an sich). Die „Unterdrückten“ werden hier zur Abwehr des eigenen Antisemitismus vorgeschoben: im Weiteren wird in antisemitischer Tradition von “den Mächtigen” fantasiert, die das Sprechen über Palästina verbieten wollen [1].

Nachdem der US-amerikanische Women's March scharf kritisiert worden war, weil Wortführer*innen der Protestbewegung es nicht schafften, sich gegen antisemitische Vorfälle in den eigenen Reihen zu stellen, organisierten auch die Berliner*innen im Januar eine Demo unter dem Titel "Women's March" [2]. Es überraschte wenig, dass beim "Women's March" in Berlin dann neben dem Front-Transparent ein Pappschild mit der Aufschrift "Palestine is a feminist issue" getragen wurde, welches wiederum als eines der wenigen Bilder der Demo auf dem öffentlichen Instagram-Account der Berliner Streik-Gruppe geteilt wurde [3].

Mit den geschilderten Agitationen wurde der Nahostkonflikt von den Berliner*innen ständig in einseitiger Ausrichtung zum Thema gemacht. Mit Bezug auf Palästina als dem eigentlichen feministischen Anliegen sollte das Reden über Antisemitismus innerhalb des Diskurses verhindert werden.

Verschiedene öffentliche Stellungnahmen unterschiedlicher Ortsgruppen konnten daran bisher nichts ändern, seitens des Netzwerkes sowie der Berliner Ortsgruppe wurde sich bis heute nicht klar gegen Antisemitismus positioniert [4].

Zuletzt wurde am 27. März eine Veranstaltung der Berliner F*Streik Gruppe im Café be'kech in Berlin-Wedding organisiert auf der Rasma Odeh (PFLP) mit einer Videobotschaft zu Wort kam [5]. Es kann nicht als emanzipatorisch ausgelegt werden, dieser eine Bühne zu bieten, damit sie antisemitischen Hass schürt. Laut einem Bericht der taz beendete Odeh ihre Rede, indem sie allen Märtyrern "Ehre und Unsterblichkeit" wünschte. Das Publikum reagierte mit Rufen des Hamas-Slogans "from the river to the sea, palestine will be free" [6]. Offiziell unterstützt wurde die Veranstaltung von den Gruppen "Brot und Rosen" und "Klasse gegen Klasse", bei denen es personelle Überschneidungen mit dem Frauen*Streik Komitee Berlin gibt [7].

Verhalten auf den Bündnistreffen

Auf dem bundesweiten Vernetzungstreffen im Februar wurden wir Zeug*innen des rabiaten, antiemanzipatorischen politischen Stils, der unter einigen Aktivist*innen des Frauen* (Queer) Streiks vorherrscht. Hier wurden gezielt Diskussionen verhindert und kritische Stimmen mit autoritären Methoden mundtot gemacht. Dies legt die Feministische Frauengruppe Göttingen in ihrem offenen Brief ausführlich dar [10]. Diese Gruppe hat das Frauen*Streik-Bündnis mittlerweile verlassen, da diese auf ihren offenen Brief hin von der Mehrheit aufgefordert wurde zum Nahostkonflikt zu schweigen. Dies bedeutet in der Konsequenz schlicht, Kritik an Antizionismus und Antisemitismus zu unterlassen, da der Nahostkonflikt ja bereits seit langer Zeit vehement zum Thema gemacht wird (s.o.).

Im Brief der feministischen Frauengruppe Göttingen heißt es: „Das Vernetzungstreffen hatte keine legitimierte Beschlussposition. Auch wenn wir die beschlossenen Forderungen gut finden, sehen wir sie in keiner Weise als durch die Bewegung legitimiert an. Das Vernetzungstreffen war kein Delegierten-Treffen der unterschiedlichen Städte, sondern ein Treffen von Einzelpersonen aus verschiedenen Städten. Im Gegensatz zum ersten bundesweiten Vernetzungstreffen in Göttingen gibt es mittlerweile eine Bewegung zum F*-Streik in Deutschland. Es wäre nötig sich damit auseinanderzusetzen wie wir in Zukunft Entscheidungen mit möglichst großer demokratischer Legitimation treffen können. Das Gegenteil war in Berlin der Fall. Selbst wenn wir das Treffen als Delegierten-Treffen verstehen würden, gab es massive Manipulationen.“ [10]

Auf dem Vernetzungstreffen haben wir uns zum Thema ‚Antisemitismus im Bündnis‘ mit Aktivist*innen unter anderem aus Hamburg, Göttingen und Dresden im Rahmen einer Arbeitsgruppe ausgetauscht.

Eine Frau* aus Hamburg hat die Ergebnisse der Arbeitsgruppe im Großplenum vorgelesen – das war sozusagen der Startpunkt des Eklats. In dem Ergebnispapier hieß es: „Wir wollen uns klar gegen jede Form des Antisemitismus stellen. Wir möchten die Ortsgruppen auffordern sich von Unterstützer*innen des BDS zu distanzieren.“ Uns war es wichtig, dies im großen Plenum anzusprechen und darauf aufmerksam zu machen, dass es Stellungnahmen aus unterschiedlichen Städten gibt, die Vorwürfe enthielten auf die bisher nicht reagiert wurde. Uns sei es wichtig gemeinsam zu überlegen, wie das Netzwerk zukünftig weiterarbeiten kann. Dann ging es los – die

Vorwürfe waren vielfach. Der Subtext der Diskussion war: Das Berliner Komitee ist das „einzige“, das wirklich migrantisch geprägt sei. Wer also diesem Komitee Antisemitismus vorwirft, habe ein Rassismusproblem. Wir weißen Mittelstandskinder sollten erstmal unsere Privilegien checken und erkennen, dass wir Nazienkel seien. Der Vorwurf des Antisemitismus sei daher eine ‚psychische Krankheit‘ von Deutschen, um mit ihrer Holocaustschuld klar zu kommen. Es wurden Dinge gesagt wie ‚shut up‘ und ‚fuck off‘ und dass jede Person, die Israel nicht als kolonialistische, imperialistische Unterdrückungsmacht ansehe und sich an die Seite des palästinensischen Befreiungskampfes stelle, nicht links sei. Hinzu kommt: Nur auf Bestreben einer Person aus Göttingen konnten wir noch auf den TOP Antizionismus/Antisemitismus zu sprechen kommen! Wir schließen uns mit unseren Erfahrungen der Feministischen Frauengruppe an und halten „es für eine autoritäre Vorgehensweise, in der eine Gruppe (Berlin) ihre Position als Moderator*innen/Organisator*innen benutzt haben, um ihre eigene Position gegen Widerstand durchzusetzen, um sie dann als ‚bundesweit‘ labeln zu können.“ [10] Insgesamt entstand auf dem Vernetzungstreffen ein Klima der Angst, welches die wenigen Genoss*innen, die in der naiven Absicht angereist waren, Kritik formulieren und lösen zu wollen, massiv einschüchterte und unter Druck setzte. Aktivist*innen aus Bielefeld wurden während des Wochenendes mehrfach angesprochen und haben von unterschiedlichen Personen erfahren, dass sie sich nicht getraut haben, sich im Plenum zu äußern. Unter anderem traute sich die Moderation an einer Stelle nicht, ein Statement vorzulesen, was dazu führte, dass die Verfasser*innen sich für weitere verbale Angriffe und Diffamierungen exponieren mussten. Diese Einschüchterungen von Frauen, non-binarys und trans-Männern sind für uns nicht hinnehmbar und unfassbar unsolidarisch! [10]

Social Media Nutzung

Problematisch war auch der Umgang mit Social Media Accounts innerhalb des Bündnisses. So wurden die Facebookseite „Feministischer Streik“, der Twitteraccount „Frauen*streik Komitee Berlin“ (@FemStreik) und der Instagram Account „feministischer*Streik*Berlin“ immer wieder als offizielle Accounts der bundesweiten F*-Streik-Bewegung ausgegeben. Bei Twitter fand sich lange die Beschreibung „official account of the women strike germany“, bis vor kurzem hieß der Account noch „Frauen*streik Komitee“. Diese wichtigen Änderungen erfolgten lediglich aufgrund kritischer Äußerungen aus verschiedenen Städten. Trotzdem stehen weiterhin die Umbenennung der Facebookseite und ein klares Statement auf allen drei Kanälen, dass diese Seiten nie (!) offiziell den F*-Streik in Deutschland vertreten haben, aus. Die Kanäle wurden genutzt, um einseitig für eine autoritäre, linksnationalistische Position zu agitieren.

Strukturen in NRW

Leider gab es auch im kleineren NRW Zusammenhang problematisches Verhalten. Die autoritäre Moderations- und Meinungskultur zog sich auch hierher. Bis Januar 2019 nutzte z.B. die MLPD den Frauenstreik eher, um parteipolitische Werbung zu machen, als für ein gemeinsame feministische Bewegung [11] Informationen wurden konsequent über die eigenen Internetseiten geteilt, die Gründung einer eigenen Frauen*Streik Facebookseite erfolgte erst auf unser Drängen bei einem Vernetzungstreffen in Oberhausen im Januar 2019 [12].

Wir haben auch versucht, auf NRW-Ebene Kritik an bestimmten Handlungen und Aussagen des Frauen*streik Netzwerkes innerhalb der internen Treffen anzubringen. Bei dem Vernetzungstreffen der F*Streik Gruppen NRW in Oberhausen, haben wir einen Versuch gestartet, die antisemitischen Agitationen und die Monopolisierung von Macht zu thematisieren. Die Forderung, sich als NRW-Netzwerk gegen die BDS-Bewegung zu positionieren, wurde durch einen Zwischenruf unterbrochen.

Unsere Kritik konnte nicht geäußert werden, wurde in Protokolle noch nicht mal aufgenommen und somit gezielt unterschlagen und ignoriert.

Antisemitische Aussagen und Agitationen unter dem offiziellen Namen des Frauen*streiks Deutschland sind für uns nicht akzeptabel! Wir begrüßen die Idee eines bewegungsorientierten

Kampfes für universelle Frauenrechte, aber jede Form antisemitischer sowie totalitärer Äußerungen einzelner Gruppen oder Personen – auch von Frauen* – verhindert eine feministische Emanzipation.

Wir wollen uns aus den hier dargelegten Gründen mit dem bundesweiten Streik-Netzwerk nicht mehr gemein machen und mit dieser öffentlichen Stellungnahme unseren Austritt dokumentieren. Unsere Entscheidung haben wir nicht leichtfertig getroffen und unseren feministischen Kampf wollen wir nicht als verloren begreifen! Die Stärke des feministischen Streiks sehen wir gerade darin, dass Feminist*innen sich dezentral organisieren und überregional austauschen. Wir wollen weiterhin vor Ort aktiv sein und auch in unseren Bündnissen basisdemokratisch Entscheidungen treffen, statt uns von einer vermeintlichen ‚politischen Avantgarde‘ diktieren zu lassen, wofür wir (nicht) zu kämpfen haben. Verbunden damit ist für uns eine klare Haltung, die sich gegen alle Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse samt ihren Ideologien richtet und Antisemitismus dabei nicht ignoriert oder, schlimmer noch, seine Bekämpfung systematisch verhindert. Wir sehen eine Chance in der Kritik, die von verschiedenen Personen und Gruppen bereits geäußert wurde, und freuen uns über Austausch und Kontakt mit allen Feminist*innen, die im Feminismus sowie der gesamten Gesellschaft keinen Platz für Antisemitismus, Rassismus und autoritären Meinungsstrukturen/ Arbeitsstrukturen sehen.

Gerade in Zeiten, in denen Gewalt gegen jüdische Menschen weiter zunimmt und mit dem Rechtsruck solche Kräfte erstarken, deren Antifeminismus mit Antisemitismus und Rassismus einhergeht, müssen wir uns darauf besinnen, was unsere Haltung ausmacht. Die Geschichte linker Bewegungen zeigt, dass dafür auch immer wieder eine Kritik in den ‚eigenen‘ Reihen notwendig ist.

[1] <https://www.facebook.com/gruppemelange/posts/2326425347386638>
<https://twitter.com/ReneeSilja/status/1060613343780716545>

[2] <https://www.tagesspiegel.de/politik/antisemitismus-vorwuerfe-friedrich-ebert-stiftung-setzt-preisvergabe-an-womens-march-aus/23592642.html>

[https://www.jpost.com/Diaspora/Womens-March-names-3-Jewish-women-to-its-steering-committee-577446?](https://www.jpost.com/Diaspora/Womens-March-names-3-Jewish-women-to-its-steering-committee-577446?fbclid=IwAR100_JuUovxbqc1gFVNNe3S9d3glnBiPn_y1JWqFHqrd4blxObQ8ZxQ7CE)

[fbclid=IwAR100_JuUovxbqc1gFVNNe3S9d3glnBiPn_y1JWqFHqrd4blxObQ8ZxQ7CE](https://www.freitag.de/autoren/merle-stoever/feministinnen-gegen-israel)
<https://www.freitag.de/autoren/merle-stoever/feministinnen-gegen-israel>

[3] <https://www.instagram.com/p/Bs0IRprntdk/>

[4] <https://www.facebook.com/FrauenstreikOS/posts/302912643754421?tn=-R>
<https://www.facebook.com/FStreikHamburg/posts/566883767117209>

[5] <https://jfda.de/blog/2019/03/29/strafanzeige-gegen-rasmea-odeh/>
<https://taz.de/Veranstaltung-mit-Rasmea-Odeh-in-Berlin!/5580444/>

[6] <https://taz.de/Aeusserungsverbot-fuer-Palaestinerin!/5581627&s=rasmea+odeh/>

[7] <https://ilmr.de/2019/rasmea-spricht-palastinensische-frauen-werden-nicht-zum-schweigen-gebracht-veranstaltung-mit-rasmea-odeh-am-27-marz>

[8] <http://www.migazin.de/2019/03/06/zu-viele-um-zu-ueberhoeren-der-internationale-frauenstreik-aus-migrantinnenperspektive/>

[9] <https://www.fv-gewi.at/gezeit/archiv/2017/vereint-gegen-israel-diskursiv-in-den-antisemitismus/>
<https://www.friedensdemowatch.com/2017/01/12/politsekten-vereint-im-hass-auf-israel/>
<https://www.klassegegenklasse.org/solidaritaet-mit-rasmea-odeh/>

[10] <https://femfrauengruppe.noblogs.org/post/2019/02/22/offener-brief-zum-bundesweiten-ernetzungstreffen-des-f-streiks-in-berlin-vom-15-17-2-2019/>

[11] https://bonner-jugendbewegung.org/Veranstaltung/bundesweiter-frauenstreik-am-08-03-2019/?instance_id=214

[12] <https://www.mlpd.de/2019/03/8-maerz-2019-frauen-und-maedchen-organisiert-euch>

Statement gegen Antisemitismus des Koordinierungskreises des Frauen*streik Jena (11.06.21)

Antisemitismus hat eine lange kontinuierliche Geschichte. Sei es ein Virus, der Kapitalismus oder das Patriarchat: am Ende sind es Juden*Jüdinnen, die direkt oder vermittelt für gesellschaftliche Schief lagen und Krisen verantwortlich gemacht werden. So haben sich auch durch die Corona-Krise vermehrt antisemitische Erzählungen weiter verbreitet. Umso mehr gilt es jetzt, sich entschieden und deutlich gegen jeden Antisemitismus zu positionieren.

Aus feministischer Perspektive scheint dies noch einmal besonders wichtig, da Juden*Jüdinnen in den aktuellen intersektional-feministischen Perspektiven oftmals keine Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im Gegenteil werden auch hier jüdische Menschen, häufig vermittelt über den Staat Israel, zum Feindbild stilisiert. Dahinter steckt, nach alter antisemitischer Manier, der Wunsch abstrakte, komplizierte Problemlagen konkret und einfach zu machen. So wird beispielsweise in der feministischen Streikbewegung, die für die Befreiung aller Frauen, Lesben, Inter, Nonbinary, Trans- und Agender-Personen (FLINTA*) eintritt, im Selbstverständnis der US-amerikanischen Streikbewegung auf einmal die Befreiung Palästinas „das schlagende Herz dieser neuen feministischen Bewegung“ⁱ. Bei näherer Betrachtung entlarvt sich dieses explizite Hervorheben der Befreiung palästinensischer FLINTA*s als zentrales Moment im internationalen feministischen Kampf als Vorwand den Staat Israel als alleinigen Verantwortlichen und unnötigen Aggressor heraus zu stellen und platziert somit problematische antisemitische Positionen in die Mitte feministischer Argumentation.

Diese Systematik zeigt sich auch in der bundesweiten Streikvernetzung in Deutschland. Gleich am ersten bundesweiten Vernetzungstreffen entspann sich ein Konflikt, der sich bis heute fortsetzt und zu dem der Jenaer Koordinierungskreis im Folgenden Stellung beziehen möchte. Konkret ging es um die Einladung Selma James zum bundesweiten Treffen in Göttingen 2018. James, die auf Einladung des Berliner Bündnisses als Rednerin für das internationalistische Panel zum Treffen kam, ist ein Gründungsmitglied des *International Jewish Anti-Zionist Network* und Verfechterin der antiisraelischen Boykottkampagne BDS. In Reaktion auf diese Einladung wurde von verschiedenen Städte-Bündnissen eine Kritik an antisemitischen Positionen im Frauen*streik formuliert, andere traten aus der bundesweiten Vernetzung aus.

In Jena wurde es lange versäumt Stellung zu beziehen. Erst als Reaktion auf Kritik aus dem eigenen Bündnis wurde erneut eine Auseinandersetzung angestoßen. Dieses Statement soll ein Aufschlag sein für eine langfristige Auseinandersetzung mit Antisemitismus in unserer Organisation.

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, er beschränkt sich nicht auf die extreme Rechte, sondern ist latent in allen Bevölkerungsschichten und politischen Lagern vorhanden. Kommt es zu globalen oder nationalen Krisen oder verschiebt sich der Diskurs, bricht er sich offen Bahn. Deshalb ist es wichtig und nötig, Antisemitismus in seinen unterschiedlichsten Erscheinungsformen zu verurteilen – auch in linken und feministischen Bündnissen.

Unser Verständnis von Antisemitismus orientiert sich an der internationalen Arbeitsdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA). Demnach ist Antisemitismus „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. [...] Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten“ⁱⁱ. Antisemitismus ist so alt wie das Judentum, wandelten sich jedoch über die Jahre hinweg. Auch wenn selbst offen antisemitische Äußerungen in den letzten Jahren wieder zunehmen,

bedienen sich Menschen außerhalb rechtsextremer Milieus häufig einer Umwegkommunikation, wenn sie antisemitische Aussagen treffen: So kann eine direkte Verbindung zum Nationalsozialismus geleugnet und eine gesellschaftliche Sanktionierung vermieden werden. Der moderne Antisemitismus bedient sich dabei tradierter, historisch gewachsener antisemitischer Codes und Chiffren. Juden*Jüdinnen müssen nicht mehr konkret benannt werden. Prominent war dies im Jahr 2020 an der Verbreitung antisemitischer Verschwörungsideologien zum Corona-Virus zu verfolgenⁱⁱⁱ.

Moderner Antisemitismus äußert sich auch in Formen der Kritik am Staat Israel und dessen Politik. Hilfestellung kann hier der von Natan Sharansky entworfene „Drei D-Test“ bieten. Die drei D stehen für *Dämonisierung*, *Delegitimation* und *Doppelstandards*^{iv}. Wird Israel in der Kritik als Inkarnation des Bösen dargestellt und ihm die alleinige Schuld am Nah-Ost-Konflikt zugeschrieben (*Dämonisierung*)? Wird Israel das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht abgesprochen (*Delegitimation*), oder werden an Israel andere Maßstäbe angelegt als an andere demokratische Staaten (*Doppelstandards*)? – Dann kann von israelfeindlichem Antisemitismus gesprochen werden. Erweitert werden kann dieser Katalog durch die Kategorie der *Derealisierung*^v. Diese liegt vor, wenn Israel und dessen Politik stark verzerrt dargestellt werden. Zusätzlich zur Kategorie der *Derealisierung* sollte geprüft werden, ob in der Kritik Juden*Jüdinnen für das Regierungshandeln Israels verantwortlich gemacht werden und ob Israel und/oder die dort lebenden Menschen mit antisemitischen Codes und Chiffren belegt werden („Brunnenvergifter“, „Wucherer“, „Verschwörer“).

BDS steht für Boykott, Divestment, Sanctions gegen Israel. Es handelt sich um keine feste Organisation, sondern um einen losen, transnationalen Zusammenschluss von Akteur*innen mit einer gemeinsamen Agenda: Durch den Boykott von israelischen Produkten, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen soll Druck auf Israel ausgeübt werden, mit dem Ziel, dass die Regierung die „Besatzung und Kolonialisierung allen arabischen Landes“^{vi} beendet und die palästinensischen Flüchtlinge auf israelisches Staatsgebiet zurückkehren lässt. Die sich als Bewegung verstehende Kampagne wurde 2005 nach eigenen Angaben mit 171 palästinensischen unterstützenden Gruppen offiziell ins Leben gerufen, die zum Teil in Verbindung mit der Terrororganisation Hamas und der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) stehen. Anhand der oben genannten 4 Kriterien schließen wir uns den zahlreichen Stimmen an, die die Kampagne und ihre Ziele als antisemitisch einstufen^{vii}.

Wir distanzieren uns als Koordinierungskreis des Frauen*streikbündnis Jena hiermit nachträglich von der Einladung Selma James zum bundesweiten Vernetzungstreffen und von jeglicher Zusammenarbeit mit der BDS Kampagne. Wir möchten dabei auch eigene Versäumnisse einräumen: so hätte es sicher Möglichkeiten gegeben, die Einladung bereits im Vorfeld zu kritisieren oder im Nachhinein unsere Position dazu zeitlich deutlich näher in die Debatte einzubringen.

Bei der Diskussion des Statements wurde angemerkt, dass die Kategorien des "Drei D-Tests" nicht immer eine eindeutige Interpretation zulassen. Nicht jede Kritik an israelischer Politik ist per se antisemitisch, es gilt zu differenzieren. Die Kategorien des 3-D Tests können dabei eine Hilfestellung sein, sie ersetzen jedoch nicht das Infragestellen der eigenen Position und Perspektive und die daraus folgenden Konsequenzen.

Praktische Konsequenzen für unsere politische Arbeit

Als Teil einer emanzipatorischen Bewegung verstehen wir es als unsere Verantwortung uns mit gesellschaftlichen Diskriminierungsachsen auseinander zu setzen, sie zu enttarnen und zu bekämpfen. Dem Hass auf Juden*Jüdinnen darf kein Nährboden geliefert werden.

Die durch die Debatten in der bundesweiten Vernetzung angeregte Auseinandersetzung mit Antisemitismus in feministischen Kontexten verstehen wir als Anstoß für eine langfristige Auseinandersetzung mit dem Thema auch innerhalb unserer Organisation. Dieses Statement soll nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern stellt einen Auftrag an uns selbst dar sich aktiv für eine antisemitismuskritischere politischen Organisation einzusetzen. Uns ist bei der Ausarbeitung dieses Statements durchaus schon begegnet, wie schwerfällig diese internen Auseinandersetzungen laufen können, aber wir halten es für unerlässlich, sie langfristig am Laufen zu halten. Wir wollen weitere Bildungs- und Austauschangebote für uns als Ortsgruppe schaffen, uns tiefergehend mit Querverweisen beschäftigen (z.B. Verhältnis Rassismus und Antisemitismus, Antifeminismus und Antisemitismus, ...) und so unseren Blick auf das Thema schärfen.

Als Konsequenzen für die bundesweite Vernetzung leiten wir Folgendes ab: Wir fordern, dass kein*e weitere*r BDS-Unterstützer*in oder sich anderweitig öffentlich positionierende Antisemit*in als Referent*in zu den bundesweiten Treffen eingeladen wird. Im Falle einer Einladung sehen wir uns in der Pflicht dies zu kritisieren und Konsequenzen für uns zu ziehen. Konkret kann das heißen: Als Ortsgruppe werden wir solch eine Einladung (gegebenenfalls öffentlich) problematisieren, eine Nicht-Teilnahme oder die Schaffung von Gegenangeboten abwägen. In öffentlichen Auftritten, wie z.B. gemeinsamen Social Media-Auftritten oder Statements, sprechen wir uns gegen das explizite Herausgreifen des palästinensischen Kampfes als feministischen Kampf aus, da damit antisemitische Narrative unterhalten werden. Auch da behalten wir uns vor gegebenenfalls zu reagieren. Die Aushandlung zum konkreten Umgang in einer spezifischen Situation muss im Koordinierungskreis mit Zeit besprochen werden. Wir halten eine Vernetzung mit anderen antisemitismuskritischen Ortsgruppen für sinnvoll, um unsere Handlungsfähigkeit in dem Feld zu erhöhen und sprechen uns deutlich für die Wichtigkeit der (geplanten) bundesweiten AG aus, die sich mit dem Konfliktthema beschäftigen wollte.

Wir sehen die Notwendigkeit für eine schlagkräftige und vereinte internationale feministische Bewegung, die gegen die regressiven Elemente unserer Zeit eine emanzipatorische Vision entgegen bringt – dabei muss klar sein, dass Antisemitismus in jeglicher Form niemals ein Teil emanzipatorischer Praxis sein kann.

Gegen jeden Antisemitismus!

Der Koordinierungskreis des Frauen*streik Jena

- i International Womenstrike US – Our Platform (2017),
<https://www.facebook.com/womenstrikeus/posts/1921049988117241> (abgerufen am 03.06.2021)
- ii <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus> (abgerufen am 03.06.2021)
- iii <https://taz.de/Antisemitismus-unter-Coronaleugnern/15734818/> (abgerufen 03.06.2021)
- iv <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/was-ist-antisemitismus/3d-regel/3d-regel-node.html> (abgerufen am 03.06.2021)
- v nach Schwarz-Friesel und Reinharz
- vi BDS Gründungsaufruf: <https://bdsmovement.net/what-is-bds> (abgerufen am 03.06.2021)
- vii 1) Die Forderungen des BDS zielen auf die Zerstörung des jüdischen Staates ab: Eine Forderung des BDS ist das Rückkehrrecht der Palästinenser*innen, die während des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1947-49 aus ihrer Heimat flohen. Die einmalige Besonderheit des palästinensischen Geflüchtetenstatus ist, die Weitervererbung auf die nächste Generation. Daraus folgt, dass inzwischen 5 Mio Menschen Anspruch auf diesen Status erheben können. Israel hat 8 Millionen Einwohner:innen. Es gäbe faktisch keinen jüdischen Staatscharakter mehr. 2) Die Kritik vom BDS misst Israel an Doppelstandards. Doppelstandards können im Bezug auf andere Länder und in Bezug auf die Rolle innerhalb des Nahostkonflikts gesehen werden. Die BDS-Anhänger*innen legen an Israel andere Maßstäbe an als sonstige Staaten: Israel als alleinigen Aggressor, der den Weltfrieden bedroht. Tatsächlich gibt es derzeit weltweit mehr als 20 bewaffnete Konflikte mit Menschenrechtsbrüchen und hohen zivilen Opferzahlen. Israel ist der einzige Staat, gegen den solch eine Kampagne existiert. Im Bezug auf die Rolle innerhalb des Nahostkonflikts: Für das Scheitern der Friedensgespräche im Nahostkonflikt ist nach dem BDS allein Israel verantwortlich. Die Rolle der palästinensischen Terrororganisation Hamas wird völlig ausgeblendet. BDS kritisiert ausschließlich die Situation palästinensischer Geflüchteter in Israel (Staatenlosigkeit als Druckmittel, menschenunwürdige Lager, Diskriminierungen, aktiver Beitrag der Nachbarländer den Konflikt nicht zu entspannen). 3) BDS dämonisiert Israel. Es werden Vergleiche gezogen, in dem Israel entweder mit dem südafrikanischen Apartheidstaat oder mit dem nationalsozialistischen Regime gleichgesetzt werden. Der Vorwurf lautet, die Opfer der Shoah und ihre Nachkommen würden die nationalsozialistische Vernichtungspolitik fortführen. Dieser Vergleich relativiert und verharmlost die Verbrechen der deutschen Nationalsozialist*innen und ist geschichtsrevisionistisch. Gleichzeitig wird so der Boykott israelischer Produkte, beispielsweise gegen die israelische Soda-Stream Marke, legitimiert. 4) Die BDS-Kampagne macht alle Jüdinnen und Juden für die israelische Politik verantwortlich. Es ist dabei weder von Relevanz ob sie mit der israelischen Politik einverstanden sind, noch welcher Staatsangehörigkeit sie zugehörig sind. So wurde beispielsweise der jüdisch-amerikanische Musiker Matisyahu auf einem Reggae-Festival 2015 in Spanien auf Druck einer örtlichen BDS-Gruppe ausgeladen. Die BDS-Gruppe drohte das Festival ansonsten zu boykottieren. Es wird eine gemeinsame Verantwortung aller Jüdinnen und Juden für Israel suggeriert.